SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

herausgegeben vom Sozialistischen Büro, Offenbach - Nr. 3/7o, 1. Juli

Solidaritätsbeitrag 5o Pfennig

FORDERUNGEN

zur Tarifbewegung Herbst 1970 der Metallarbeiter

Wir fordern: Angesichts der steigenden Preise und Mieten fordern wir gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter für alle Beschäftigten, gleich in welcher Lohngruppe sie eingestuft sind, eine Lohnerhöhung von mindestens DM o,65 in der Stunde. Es muß Schluß gemacht werden mit den prozentualen Lohnerhöhungen, die dazu geführt haben, daß die Kollegen, die in die unteren und mittleren Lohngruppen eingestuft sind, von Tarifrunde zu Tarifrunde schlechter gestellt wurden als die Spitzenreiter. Die Teuerung hat alle gleichmäßig betroffen. (Dabei müssen wir folgendes beachten: Otto Brenner hat erklärt, daß bei den Lohnforderungen im September die jetzt gewährte "Vermögenswirksame" Leistung nicht angerechnet werden soll. Wie Sprecher der Metallunternehmer erklären, daß die 2,5 % also DM 26.-- pro Monat Sparprämie angrechnet werden müssen. Wir fordern, daß unsere Tarifexperten hart bleiben und nicht umfallen.)

Wir fordern: Weg mit den unteren Lohngruppen! Die untersten drei Lohngruppen müssen ganz verschwinden und die Tätigkeitsmerkmale in den Gruppen 4 und 5 der betrieblichen Wirklichkeit angepaßt oder der Lohnschlüssel zugunsten der unteren Gruppen verändert werden.

Wir fordern: Tarifliche Absicherung der Effektivlöhne! Dazu dürfen die Tarifverhandlungen nicht zentral, sondern müssen in den einzelnen Bezirken geführt werden. Wir werden nicht zulassen, daß die Mitglieder und die Tarifkommissionen in den Bezirken ausgeschaltet werden. Gleichzeitig fordern wir die Wahl von Firmentarifkommissionen, die die bezirklichen Tarifkommissionen beraten und kontrollieren, damit die tarifliche Absicherung der Effektivlöhne nicht wieder unter den Tisch fällt.

Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist Hochkonjunktur. Jetzt müssen wir hohe Forderungen durchsetzen. Sie haben uns gesagt, daß man in den Jahren der Krisen nichts fordern kann; erst müßten die Arbeitsplätze gesichert werden und die Unternehmer verdienen. Wann wollen wir Geld erkämpfen, wenn nicht jetzt. Die Metallarbeiter werden so viel Lohn bekommen, wie sie bereit sind, sich zu erkämpfen!

Vertrauensleute und Betriebsräte aus dem Ruhrgebiet

Kommentar

Nach den Landtagswahlen

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und an der Saar haben die politischen Realitäten in der Bundesrepublik wieder klargestellt. Entgegen mancherlei Theorien, die in der Linken seit Bildung der SPD/FDP-Koalition sich ausbreiteten (wonach die CDU/CSU zur ländlichen Traditionspartei absinken, die SPD hingegen als die eigentliche Trägerpartei eines modernisierten Kapitalismus unangefochten in Führung gehen werde),ist als Ergebnis dieser Testwahlen festzustellen:

* Die Regierungsmacht der SPD (bzw. der SPD/FDP-Koalition) ist alles andere als gesichert;
* Die CDU/CSU ist unter Umständen durchaus in der Lage, im Bundesmaßstab wieder die Mehrheit für sich zu gewinnen;
* Die CDU kann in einer bestimmten Konstellation auch in solchen Wahlbezirken wieder vorrücken, die durch "Arbeitermilieu" geprägt sind.

In Nordrhein-Westfalen (knapp) und an der Saar (hier mit weitem Abstand) ist die CDU die stärkste Partei. In Niedersachsen wäre sie es übrigens auch, wenn hier nicht die NPD noch (3,4 %) Stimmen an sich gebunden hätte, die in Zukunft wohl auch der CDU zufliessen werden. Insgesamt ist also davon auszugehen, daß der Block der entschiedenen Rechtswähler (denn als eindeutige Rechtspartei hatte sich die CDU gerade zu diesen Wahlen profiliert) in der Bundesrepublik um einiges stärker ist als der Block jener Wähler, die eine Partei der "Mitte" im Sinne der FDP vorziehen, - von Linkswählern ganz zu schweigen. Falsch wäre es allerdings, dieses Ergebnis so zu interpretieren, wozu die Wahlkommentare fast der gesamten großen Presse verleiten möchten, als könne die SPD sich nur halten, wenn sie selbst noch weiter nach rechts rückt. Eine Detailanalyse der Ergebnisse der Landtagswahlen zeigt vielmehr, daß die SPD gerade dort ihr Wählerpotential mobilisieren und halten oder sogar noch ausweiten kann, wo sie lokal oder regional als entschiedene Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auftritt, also eine Alternative zur CDU vertritt. Tut sie dies nicht, so öffnet sie damit einer nicht nur nationalen, sondern auch sozialen Demagogie anderer Parteien alle Möglichkeiten. Darin wiederum können auch Sozialisten keineswegs interessiert sein, wenngleich wir die SPD ohne Illusion betrachten und uns der relativen Bedeutung von Parlamentswahlen im hier herrschenden Gesellschaftssystem bewußt sind. Wenn wir heute wieder lernen, im Betrieb oder wo sonst unser Arbeitsplatz ist, unsere Forderungen selbst zu vertreten und durchzusetzen und die Massen der Kollegen dafür zu gewinnen, dann wird dies langfristig auch in den großen politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik einer sozialistischen Alternative bessere Möglichkeiten eröffnen.

Nachdruck aus MITMISCHER

Klöckner-Hütte in Bremen

Nach 20-jährigem harten Widerstand ist nun auch **Otto Brenner** den Unternehmern auf den Leim gegangen. Warum?

312 DM „Vermögen" jährlich für den Arbeiter entspricht 3,4 % des Ecklohns. Dieser Betrag ist 7 Jahre für uns Arbeiter nicht verfügbar und dient dem Unternehmertum (Bankkapital) zur Kapitalbildung und zur Finanzherrschaft über die Arbeiterklasse. An diesem riesigen Finanzgeschäft wollen die Gewerkschaften mit ihrer Bank für Gemeinwirtschaft teilhaben.

Die Gewerkschaftsbürokratie begnügt sich nicht mehr mit Mitgliedsbeiträgen, Konsumgenossenschaften, Versicherungen und dem größten Wohnungsbauunternehmen der Bundesrepublik, sondern sie möchte mit dem „Vermögen" der vielen 100 000 Metallarbeiter und Stahlwerker selber das große Kapitalgeschäft betreiben. **Mit dem Geld, das wir verdient haben und uns nun 7 Jahre vorenthalten wird, betreibt die Gewerkschaftsbank in dieser Zeit wie das übrige Großkapital ihre Profitgeschäfte.**

Vertreten die Arbeiter ihre materiellen Interessen gegenüber den Unternehmern mit spontanen Aktionen, so schaltet sich die IGM-Funktionärsclique ein und vermittelt zwischen den Kontrahenten. Diese von Arbeitergeldern aufgebaute Organisation tritt nicht als unsere Interessenvertretung gegenüber dem Kapital auf.

Der konkrete Anlaß dieses „Vermögensabkommens" ergab sich für die IGM aus der Angst vor einer Wiederholung der Septemberstreiks.

Das zeigt, daß die IG-Metall gemeinsam mit der Unternehmerseite eigenen Aktionen der Arbeiterschaft zuvorkommen will. 312 DM sind kein Vermögen! Man will uns mit den 312 DM Sand in die Augen streuen! 312 DM sind 3,4 % Lohn und Gehalt, um die wir im September beschissen werden sollen.

Der Kampf für betriebsnahe Tarifpolitik geht weiter!

Die IG Chemie Papier Keramik hat für Ende 197o alle Manteltarifverträge gekündigt mit dem erklärten Ziel, "eine betriebsnähere Tarifgestaltung im Bereich der chemischen Industrie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen". Auch die IG Chemie in Hessen will nach dem Umfall bei der letzten Tarifrunde jetzt durch ihre Große Tarifkommission über eine betriebsnähere Tarifgestaltung weiter verhandeln. Ansatzpunkt der neuen Verhandlungen ist die Klausel im jetzt abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarifvertrag, die besagt, daß während der Laufzeit die Tarifparteien berechtigt und verpflichtet sind, auf Antrag einer Partei gemeinsam Wege zu untersuchen, die zur Absicherung von über den Tarifvertrag hinausgehenden tariflichen Leistungen führen können.

Was solche unverbindlichen Klauseln nutzen, wenn dahinter nicht der Durchsetzungswille aller Kollegen steht, kann man sich an den fünf Fingern abzählen. Das, was die Kollegen im Vorstand des Bezirks Hessen eingeleitet haben ohne die Kollegen in den Betrieben richtig zu informieren und zu mobilisieren, und was von führenden Betriebsräten in der Großen Tarifkommission boykottiert wurde, müssen die Kollegen und ihre Vertrauensleutekörper jetzt selbst in die Hand nehmen. Daß das möglich ist und wirksam sein kann, zeigen die Beispiele in den Firmen Merck Darmstadt und Caltex Raunheim. Dort waren aufgrund guter Vertrauensleutearbeit die Kollegen bis zum Ende der Tarifverhandlungen streikbereit.

Mobilisierung durch betriebsnahe Tarifpolitik

Auf die mobilisierende Wirkung betriebsnaher Tarifpolitik wies schon Fritz Salm, seinerzeit Vorstandsmitglied der IG Metall, 1968 hin: "Es besteht die Gefahr, daß durch eine Zentralisierung der Lohn- und Tarifpolitik das gewerkschaftliche Leben in den Bezirken und Verwaltungsstellen erstarrt. Das Interesse und die Anteilnahme des Mitgliedes werden zwangsläufig und können geringer werden, und das Wissen um den Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Aktivität und Kraft auf der einen Seite und der Lohn- und Gehaltshöhe auf der anderen könnte dadurch leicht in Vergessenheit geraten. Aus alldem ergibt sich: zentrale Bewegungen können nur eine Ausnahme sein, wenn eine besondere Situation ... vorliegt."

Und an anderer Stelle sagt er: "Wir sollten alles einsetzen, um die Kollegen in den Betrieben mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß auch die Tarifierung bestehender Verhältnisse, die Schaffung eines betriebsnahen Tarifvertrages nötigenfalls einen Arbeitskampf wert sind, und daß wir neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, neben Lohn- und Gehaltserhöhungen, neben Verbesserung des Urlaubs, auch die Aufgabe haben, eine Sicherung für morgen durch betriebsnahe und tarifwahre Tarifverträge zu schaffen." (Zitiert nach Arbeitsheft IG Metall "Betriebsnahe Tarifpolitik", Auflage von 1966, heute nur noch im Raubdruck erhältlich.)

Streik

Mit einer massiven Streikdrohung, "wir machen von unserem Arbeitsverweigerungsrecht Gebrauch", stärkten die 45o Handwerker des Kölner Großbetriebes Felten & Guillaume ihrem Betriebsrat den Rücken, der mit der Unternehmensleitung über eine Lohnaufbesserung verhandelte. Mehrere Wochen hatte die Direktion die 45o Handwerker vertröstet, aber als denen jetzt der Kragen platzte und sie mit Arbeitsniederlegung drohten, mußte die Firmenleitung in einer mehrstündigen Verhandlung mit dem Betriebsrat doch klein beigeben. Das Ergebnis: eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 25 Pfennig pro Stunde durch Einstufung der Handwerker in höhere Lohngruppen und die Zusage einer generellen Strukturbereinigung der Lohngruppen.

Der Standpunkt der Kapitalisten

Die Zielrichtung der Forderung nach betriebsnaher Tarifpolitik hatten auch bald die Unternehmer klar erkannt, so der Geschäftsführer der Bayerischen Papier und Pappe verarbeitenden

Industrie im Jahre 1960: "Der Solidarität und Geschlossenheit der Arbeitgeberseite ins Mark zielt die besonders von der IG Metall vertretene Forderung nach betriebsnaher Tarifpolitik. Sie verdient unsere größte Aufmerksamkeit! Betriebsnahe Tarifpolitik ist nicht unbedingt dasselbe wie die altbekannte Tarifierung der Effektivlöhne, denn diese könnte in weitem Umfang auch durch Verbandstarife erfolgen. Die Gewerkschaft möchte durch den Abschluß von Firmentarifverträgen, also mit dem einzelnen Arbeitgeber als Partner, in den Betrieben selbst präsent und wirksam werden. Dies hat verschiedene Gründe:

1. Nicht mehr der gesetzlich zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtete Betriebsrat wäre Gesprächspartner des Arbeitgebers im freiwilligen Leistungsbereich, sondern die Gewerkschaft. Nachdem in der Vergangenheit wesentliche Zugeständnisse in den Betrieben gewährt wurden, entgingen der Gewerkschaft lohnpolitische Lorbeeren, die sich bisher die Betriebsräte verdienten.
2. Die Gewerkschaft hätte neue Möglichkeiten, auch innerhalb der Tarifbereiche Präjudizien zu schaffen, günstige Einbruchstellen auszunutzen und die Betriebe gegeneinander auszuspielen. Der Charakter der Tarifverträge als Grundlage von Mindestarbeitsbedingungen eines Fachbereiches ginge verloren; die unterschiedliche Belastungsfähigkeit könnte differenzierter ausgenutzt werden.
3. Eine Koordinierung auf Arbeitgeberseite wäre kaum mehr möglich und die Tariffront der Arbeitgeber würde hoffnungslos zersplittern."

Streik

Eine Lohnerhöhung von 5 % erstreikten sich 75 Arbeiter in der Automatenabteilung der Bielefelder Anker-Werke. Sie waren gegenüber den anderen Kollegen des Werkes unterbezahlt, und als alle Proteste nichts fruchteten, traten sie eine Woche in Streik. Da sich viele Kollegen in den anderen Abteilungen solidarisierten und ein allgemeiner Streik der insgesamt 4000 Beschäftigten vor der Tür stand, gab die Unternehmensleitung plötzlich nach, obwohl sie in den ersten Streiktagen die Forderungen der 75 Arbeiter stur abgelehnt hatte.

Betriebsnahe Tarifpolitik heute

Das alles war in den Jahren bis 1966/67. Inzwischen hat der Apparat der IG Metall die Forderung nach betriebsnaher Tarifpolitik praktisch aufgegeben und Otto Brenner hat im März dieses Jahres gar vor einer "Atomisierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik" gewarnt. Wenn jetzt die Forderung nach betriebsnaher Tarifpolitik durch die jüngste Tarifrunde in der hessischen chemischen Industrie wieder aktuell wurde, dann gilt es, dafür zu sorgen, daß die Diskussion hierüber in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung nicht mehr abreißt und die betriebsnahe Tarifpolitik in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern durchgesetzt wird. - Dabei darf es nicht nur um die Regelung der Effektivlöhne gehen, sondern auf diesem Wege sollte über die Vertrauensleutekörper die Mitbestimmung unserer Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben präsent werden.

Streik

Etwa 30 spanische Kollegen traten bei den Adler-Werken in Frankfurt in Streik. Sie waren bei der Aufstellung der Akkordsätze benachteiligt worden. - Als dann bekannt wurde, daß der Lohn erst nach Pfingsten ausbezahlt werden sollte, hatte die Streikmethode Schule gemacht und eine Streikwelle sprang von Abteilung zu Abteilung. Bis 1500 Kollegen waren an dem Ausstand beteiligt.

Kollege Werner Vitt vom Hauptvorstand der IG Chemie Papier Keramik nennt Beispiele für Regelungen, die durch betriebsnahe Tarifverträge abzuschließen wären:

1. Fragen der Arbeitsordnung (von der Stechuhr bis zum Verhalten der Arbeitnehmer);
2. spezielle Lohn- und Leistungssysteme (d.h. Regelungen der bisher übertariflichen Lohn- und Gehaltszuschläge und Abbau der undurchsichtigen Lohnleistungen);
3. Prämien und Gratifikationen;
4. spezielle Rationalisierungsmethoden in Konzernen oder Betrieben;
5. Mitbestimmung und Kontrolle der Berufsausbildung, Umschulung, Fortbildung usw.;
6. Mitbestimmung über Schaffung von Fonds und betrieblichen Sozialeinrichtungen.

Auch die rechtliche Absicherung der Vertrauensleute und ihrer Arbeitsmöglichkeiten im Betrieb wäre eine solche Forderung. Doch läßt sich eine solche betriebsnahe Tarifpolitik nicht allein durch Verhandlungen durchsetzen.

Streik

Rund 5ooo Schülerinnen und Schüler der sechs Mainzer Gymnasien und des Ketteler Kollegs streikten mehrere Tage wegen der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen. In Urabstimmungen an den Schulen hatten sich Mehrheiten zwischen 75 und 9o % für den Streik ausgesprochen.

Wenn nur und ohne Kampfbereitschaft verhandelt wird, kommen höchstens Scheinerfolge zur Beruhigung der Gemüter heraus. Ein typisches Beispiel dafür ist die Klausel über Kündigungsschutz der Vertrauensleute, die die IG Metall im vorigen Jahr in ihren Tarifvertrag einbaute; sie änderte im Grunde nichts an den bisherigen Verhältnissen.

Kampfbereitschaft durch Information

Echte tarifvertragliche Fortschritte müssen die Kollegen in den Betrieben selbst erkämpfen. Deshalb ist es notwendig, daß die Vertrauensleute ihre Kollegen in den Betrieben intensiv informieren und damit vertraut machen, durch Proteste und Streiks die Verhandlungen der Gewerkschaften zu unterstützen und zu kontrollieren. In allen streikbereiten Betrieben sollten die Kollegen ständige Betriebstarifkommissionen wählen, die über die Vertrauensleutekörper alle Anregungen und Forderungen aus den Betrieben aufnehmen, zur weiteren Diskussion propagieren und die Betriebsleitung zum Verhandeln zwingen. Vorschläge für allgemeine Absprachen und Öffnungsklauseln im Manteltarifvertrag sollten an die Manteltarifkommission weitergegeben werden. Protest- und Warnstreiks sollten durch die Vertrauensleutekörper in Form von Streikschulung zur Unterstützung der Tarifverhandlungen vorbereitet werden.
Nur eine solche Tarifbewegung von der Basis her wird imstande sein, aus der unverbindlichen Klausel im Tarifvertrag einen echten Fortschritt zur betriebsnahen Tarifpolitik zu machen.

Eine gute Einführung in die Problematik des Betriebsverfassungsgesetzes bietet eine hektographierte Broschüre der Basisgruppe Jura Heidelberg. Die Darstellung geht von der Entstehung des Rätesystems aus und gibt einen kurzen geschichtlichen Abriß des Betriebsratswesens. Wesentliche Punkte des Betriebsverfassungsgesetzes werden dann im Zusammenhang mit der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom Klassenstandpunkt her beleuchtet und die gesellschaftspolitische Stellung des DGB dazu kritisiert. (Gesetz und Recht: Betriebsverfassungsgesetz, 15 Seiten, 5o Pfennig, Bestellungen an Buchhandlung Jörg Burckhard, 69 Heidelberg, Schiffgasse 4)

Leserbrief

Antwort auf den Umfall bei Chemie

Als die Arbeiterklasse, unter schwersten Bedingungen, ihre Interessenvertretung, die Gewerkschaften, aufbauten und damit dem Kapital ihre Macht entgegenstellten, war dies nur unter unsäglichen Opfern möglich. Aber es hat sich gelohnt. Ginge es nach dem Willen der Kapitalisten, hätten sie uns heute noch mehr unter der Knute als es sowieso schon der Fall ist. Das, was heute ist, war, und wir sollten das nie vergessen, bloß möglich, weil unsere Väter und Großväter zu ihrer Zeit für Verbesserungen eintraten und diese auch durchsetzten. Damals haben die Gewerkschaften keine solchen Eiertänze aufgeführt wie die Gewerkschaftsleitung der IG Chemie bei den letzten Tarifverhandlun-

gen, die dann auch noch den Kollegen weismachen will, alleine am Verhandlungstisch könnte man den Kapitalisten wesentliche Zugeständnisse abringen. Wenn die Herren Oberfunktionäre dann noch mit den Vertretern der Firmentarifkommissionen umspringen, wie in Wiesbaden geschehen, so ist das eine ganz schlimme Schweinerei.

Daß die Unternehmer uns verdummen wollen, ist normal. Daß sie Maßnahmen treffen wie z. B. in Hoechst das Anlegen von Hubschrauberlandeplätzen, Notdienste einrichten, Dampfer schartern, um Streikbrechern den Zugang zum Werk zu sichern, ist ebenfalls normal. Doch vor diesen "Streikabwehrmaßnahmen" haben wir uns doch nicht zu fürchten; unsere Vorväter haben ihre Forderungen unter weit schwierigeren Bedingungen durchgesetzt. Daß "unsere" Interessenvertreter aber abwiegeln und die Kollegen davon abhalten, ihre Forderungen auch mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen, das ist einfach eine Unverschämtheit. - In mehreren Betrieben waren die Kollegen durchaus bereit, ihre Forderungen mit Streik durchzusetzen. Lassen wir uns in Zukunft von einer Handvoll Funktionäre nicht beeinflussen. Erteilen wir ihnen bei nächster Gelegenheit die gebührende Antwort. Die Metallarbeiter haben es uns im vorigen September gezeigt, wie mans macht!
D.D. aus Frankfurt-Höchst
Mitglied der IG Chemie

Streik

Durch mehrere Warnstreiks Ende Mai erkämpfen sich die Kolleginnen der Auto- und Luftfahrtgerätebau Fabrik Pierburg in Neuss eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2o Pfennig je Stunde, die rückwirkend ab 1. Mai bezahlt werden. Die Arbeiterinnen werden zum größten Teil eine Lohnstufe höher eingestuft und in kürzester Zeit soll eine paritätisch besetzte Kommission alle Lohngruppen überprüfen und sich über Umgruppierungen einigen. Als ersten Schritt hatten die Kolleginnen für ihre Forderungen eine Unterschriftenaktion im Betrieb gestartet, die von 6oo Arbeiterinnen unterstützt wurde. Da die Betriebsleitung den Forderungen nicht nachkam, folgten nun Warnstreiks, die von Tag zu Tag verlängert wurden. Die 1ooo Beschäftigten beteiligten sich geschlossen. - Nach dem dritten Warnstreik gab die Geschäftsleitung nach und erfüllte die Forderungen der Kolleginnen.

Betriebszeitungen

sind ein wichtiges Mittel für die Aufklärung und Agitation an der betrieblichen Basis. Überall wo sozialistische Betriebsarbeit gemacht wird, sollte eine Betriebszeitung aufgebaut und regelmäßig herausgebracht werden (mindestens alle 2 Monate und zusätzlich zu bestimmten Anlässen - z.B. um aktuelle Unzufriedenheit zu betrieblichen Kampfaktionen zu mobilisieren -)! Früheren Ausgaben der SBK hatten wir jeweils eine Ausgabe der Betriebszeitungen MITMISCHER (Klöckner-Hütte Bremen) und "plakat" (Daimler Benz Stuttgart) beigelegt. Heute stellen wir die Betriebszeitung "Rote Informationen" (Casella AG Frankfurt) vor.

plakat

Mit Wohnen & Mieten

beschäftigt sich die neueste Ausgabe von "plakat".
"plakat"-Probeexemplare
Bestellung bei Peter Grohmann
7 Stuttgart 1, Kernerstr. 49
(1 Mark in Briefmarken beilegen!)

Jede dritte Wohnung ohne Bad

7 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik haben weder Bad noch Dusche. Rund 5 Millionen Wohnungen haben keine Toilette innerhalb der Wohnung. Das ist das Ergebnis einer vom Wohnungsbauministerium durchgeführten Untersuchung. - Übrigens: Die Bundesrepublik baut die besten und teuersten Panzer der Welt.

Rüstung–

Die einen zahlen...

die kürzlich von Bundesfinanzminister Möller angekündigte Lohnsteuervorauszahlung ist wegen der starken Proteste wieder zurückgestellt worden. Die große Steuerreform soll aber in dieser Legislaturperiode noch durchgeführt werden. Die Zeitungen kündigen "für viele Steuerzahler zwangsläufig böse Überraschungen" an. Durch welches Loch verschwinden nun diese Steuergelder?

Von 1950 bis Ende dieses Jahres hat die Rüstung insgesamt 201,9 Milliarden DM gefressen. Das gesamte Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik betrug dagegen im Jahre 1968 nur 186,9 Milliarden DM.

Helmut Schmidt, derzeitiger Bundeswehrminister, meinte nun, daß die "Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes unserer Bundeswehr" ... "schwer vorstellbar" wäre, wenn "gleichzeitig auf die Dauer die Modernisierung unserer Gesellschaft auf den jeweiligen Stand der Technik" finanziert werden solle. Am Ende sollen die Arbeiter beides bezahlen, während die Unternehmer die Gewinne daraus kassieren. Und an den Lieferungen für die Bundeswehr wird nicht schlecht verdient. Die Preise für Rüstungsgüter stiegen im letzten Jahr um rund 20 %. Die Lohnerhöhungen betrugen im gleichen Zeitraum aber nur 10 %.

...die andern gewinnen!

Das Waffengeschäft ist zur profitabelsten Kapitalverwertung geworden. Dazu ist kein riesiger Werbeaufwand nötig wie bei Konsumgütern, sondern lediglich Einfluß auf Parlament, Regierung und Beschaffungsstellen. Während 1969 noch 22,8 Milliarden verbraucht wurden, sind 1970 schon 26,7 Milliarden DM für Militärausgaben vorgesehen.

Der Preis für den Schützenpanzer "Marder" stieg von 800 000 DM im vergangenen Jahr auf eine Million in diesem Jahr. Der "Leopard" von einer Million auf 1,2 Millionen DM und "Leopard II" soll 1974 nicht unter 1,7 Millionen zu haben sein. In 10 Jahren haben sich die Waffenpreise verdoppelt, für Flugzeuge sogar verdreifacht und auch die Preise für Konsumwaren hochgetrieben. Noch immer gilt die Alternative: "Kanonen oder Butter".

450 Mark je Kopf

27,1 Milliarden DM Lohnsteuer 1969 stehen 26,7 Milliarden DM Rüstungskosten für 1970 gegenüber. Jeder Bundesbürger soll in diesem Jahr mindestens 450 DM für die Bundeswehr aufbringen. Für eine vierköpfige Familie 1.800 DM. Die Lohnsteuer steht im vergangenen Jahr um 5 Milliarden, die Einkommensteuer aber nur um 750 Millionen.

Die enorme Differenz zwischen dem Ansteigen der Lohnsteuer und der Einkommensteuer beweist, daß immer mehr Unternehmer durch die Maschen der Steuergesetzgebung schlüpfen, während der Arbeiter seine Lohnsteuer auf Heller und Pfennig bezahlen muß. 22,5 % Steigerung des Lohnsteueraufkommens, bei nur 12,2 % Bruttolohnsummenerhöhung für 1969 zeigt, in welchem Ausmaß Lohnerhöhungen von der Steuer wieder aufgefressen werden und wer die steigenden Rüstungskosten und die Gewinne bezahlen muß.
Der Arbeiterklasse wird immer mehr von ihrem Einkommen weggesteuert und die Bundeswehr frißt diese Mehreinnahmen wieder auf. In ihren Übungen wird sie aber darauf gedrillt, Streiks und Arbeiterunruhen niederzuschlagen. Die Arbeiter produzieren also nicht nur den Reichtum der Herrschenden und stellen die Soldaten zur eigenen Unterdrückung, sondern müssen das auch noch mit ihren Steuergroschen bezahlen.

Runter mit den Rüstungslasten

Den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften im Bundestag stellt sich hier die Aufgabe, die immer stärkere Abwälzung der Staatskosten auf die Lohnempfänger (die Lohnsteuer ist zur stärksten Einnahmenquelle geworden) zu stoppen durch eine Steuerreform, die verhindert, daß die Arbeitnehmer, mit knapp 20% Realvermögen, weitaus mehr für den Staatshaushalt aufbringen müssen als alle übrigen Vermögensbesitzer zusammen. Gleichzeitig muß der Kampf und die Agitation gegen die hohen Rüstungskosten verstärkt werden unter der Parole "Runter mit den Rüstungslasten".

STREIK

Aus Protest gegen die ablehnende Haltung der Kapitalisten zu ihren Tarifforderungen traten in Hamburg rund 2000 Arbeiter eines chemischen Großbetriebs in einen zweistündigen Warnstreik.

STREIK

Um ihren Verhandlungsdelegationen den Rücken zu stärken und den Betriebsleitungen sowie Aktionären ihre Kampfbereitschaft zu demonstrieren, traten in Düsseldorf 3ooo und in Witten 6oo Arbeiter der Mannesmann AG in einen Warnstreik. Sie fordern ein volles 13. Monatseinkommen. Daß dieser Forderung gerade jetzt mit einem Streik Nachdruck verliehen wurde, liegt daran, daß der Mannesmann-Vorstand die Dividenden heraufgesetzt hat.

Streik

Durch einen mehrstündigen Warnstreik haben 15oo Bochumer Opel-Arbeiter die Angleichung ihrer Löhne an die im Rüsselsheimer Opel-Werk erzwungen. Außerdem konnten sie durchsetzen, daß vom 1. Juni an ein umfassender Versicherungsschutz für die geparkten Fahrzeuge der Opel-Belegschaft in Kraft tritt. Als nächstes wollen die Kollegen bei Opel Bochum die Zahlung eines 13. Monatseinkommens durchsetzen.

SOLIDARITÄTS- UND AKTIONSFONDS:

Drucken kostet Geld. Einen Haufen zahlen wir aus unserer Tasche. Es geht um den Rest. Wir bitten um Bestellungen der SOZIALISTISCHEN BETRIEBSKORRESPONDENZ gegen Bezahlung.
Außerdem erreichen uns laufend Hilferufe,und Kollegen und Genossen, die noch allein arbeiten - vorwiegend in kleineren Betrieben und kleineren Orten - bitten um Unterstützung. Wir wollen ihnen helfen. Allein können wir's nicht.

SOLIDARITÄTS- UND AKTIONSFONDS - Sonderkonto Nr. 1/741 326/3-11 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach (das Postscheckkonto der Bank: PSA Frankfurt Nr. 172 480).

Unentbehrlich für jeden gewerkschaftlich Interessierten

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL

Berichte
Meinungen
Informationen
Dokumentation

Jeden Monat erscheinen
2 Hefte zu 80 Seiten

Sonderpreis für Gewerkschafter und für Studenten
DM 2.5o pro Heft (zuzüglich Porto)

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL
1 Berlin 39, Teltower Str. 14 a

Anzeige

Die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ (SBK) wird hergestellt und vertrieben vom Sozialistischen Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611 - 832593. Solidaritätsbeitrag für diese Ausgabe 5o Pfennig; Abonnementsbedingungen für Abnahme eines Exemplars oder regelmäßig mehrerer Exemplare zu erfragen bei Sozialistisches Büro. Diese SBK-Ausgabe wurde von ca. 25 Kollegen (aus Stuttgart, Kaiserslautern, Marburg, Bremen, dem Rhein-Main-Gebiet und dem Ruhrgebiet) diskutiert und geschrieben. Die nächsten SBK-Redaktionssitzungen sind Samstag, 4. Juli und Samstag, 25. Juli, jeweils um 14 Uhr im Sozialistischen Büro. Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe ist Dieter Höhne, Marburg. Druck: Sozialistisches Büro.

Streiks

In den Wirtschaftsteilen der grossen Tageszeitungen werden in diesen Tagen laufend die Geschäftsberichte der Unternehmen für das Jahr 1969 veröffentlicht. Die Berichte melden steigende Gewinne und beste Ergebnisse. Überall werden die Gewinnaussichten für das Jahr 197o als günstig bezeichnet. - Diese Entwicklung wird begleitet von einer steigenden Unruhe in den Betrieben. Täglich wird in der westdeutschen Presse von Streiks in den verschiedenen Industriezweigen berichtet. So wurden jüngst in knapp 6 Wochen in der Metallindustrie 31 spontane, meist kurze Proteststreiks registriert. Daran waren ca. 95oo Arbeiter beteiligt und es fielen knapp 12 ooo Arbeitsstunden aus. Der Hammer fiel unter anderem bei Krupp Hüttenwerke AG, Hohenlimburg; Kiefel, Worms; Herkules-Werke Nürnberg; Allgaier, Uhingen; Krupp-Hütte Bochum; Alcan Aluminiumwerke GmbH, Nürnberg; Peter Wolters, Mettmann; Güldner, Aschaffenburg; Schürmann in Greste, Lippe; Weisert-Loser & Sohn KG, Karlsruhe; Württembergische Metallwaren Fabrik, Geislingen; Ideal-Standard-GmbH, Neuss; Eisenbau Bleichert KG, Neuss; Strebelwerk, Mannheim; Rabeneick, Brackwede; H. A. Waldrich GmbH, Siegen; Wedag, Bochum; (diese Aufzählung hat sicher keinen Anspruch auf Vollständigkeit). Kollegen, schickt uns Berichte und Presseausschnitte, die über Streiks und erfolgreiche Durchsetzung von Arbeiterforderungen informieren!